

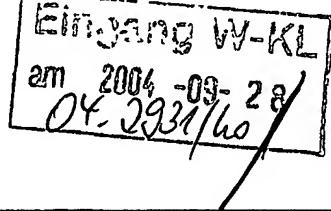
VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM
GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: MIT DER INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN
PRÜFUNG BEAUFTRAGTE BEHÖRDE

TC

An:

KOENIG & BAUER AKTIENGESELLSCHAFT
Patente - Lizzenzen
Friedrich-Koenig-Str. 4
97080 Würzburg
ALLEMAGNE



PCT

SCHRIFTLICHER BESCHEID
(Regel 66 PCT)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts
W1.2098PCT

Absendedatum
(Tag/Monat/Jahr) 27.09.2004

ANTWORT FÄLLIG innerhalb von 3 Monat(en)
ab obigem Absendedatum

Internationales Aktenzeichen PCT/DE 03/03972	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 03.12.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 18.12.2002
---	---	--

Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK
B65H37/00

Anmelder
KOENIG & BAUER AKTIENGESELLSCHAFT et al.

1. Dieser Bescheid ist der **erste** schriftliche Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde.
2. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:
 - I Grundlage des Bescheids
 - II Priorität
 - III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
 - IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
 - V Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
 - VI Bestimmte angeführte Unterlagen
 - VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
 - VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung
3. Der Anmelder wird **aufgefordert**, zu diesem Bescheid **Stellung zu nehmen**.

Wann? Siehe oben genannte Frist. Der Anmelder kann vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eine Verlängerung beantragen, siehe Regel 66.2 d).

Wie? Durch Einreichung einer schriftlichen Stellungnahme und gegebenenfalls von Änderungen nach Regel 66.3. Zu Form und Sprache der Änderungen, siehe Regeln 66.8 und 66.9.

Dazu: Hinsichtlich einer zusätzlichen Möglichkeit zur Einreichung von Änderungen, siehe Regel 66.4. Hinsichtlich der Verpflichtung des Prüfers, Änderungen und/oder Gegenvorstellungen zu berücksichtigen, siehe Regel 66.4 bis. Hinsichtlich einer formlosen Erörterung mit dem Prüfer, siehe Regel 66.6.

Wird **keine Stellungnahme eingereicht**, so wird der Internationale vorläufige Prüfungsbericht auf der Grundlage dieses Bescheides erstellt.
4. Der Tag, an dem der internationale vorläufige Prüfungsbericht gemäß Regel 69.2 spätestens erstellt sein muß, ist der: 18.04.2005

Name und Postanschrift der mit der Internationalen Prüfung
beauftragten Behörde



Europäisches Patentamt
D-80298 München
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Hannam, M

Formalsachbearbeiter (einschl. Fristverlängerung)

Smyth, L
Tel. +49 89 2399-6947



I. Grundlage des Bescheids

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Bescheids als "ursprünglich eingereicht"*):

Beschreibung, Seiten

1-27 ✓ in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-46 ✓ eingegangen am 19.06.2004 mit Schreiben vom 17.06.2004

Zeichnungen, Blätter

1/14-14/14 ✓ in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um

- die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- Beschreibung, Seiten:
- Ansprüche, Nr.:
- Zeichnungen, Blatt:

5. Dieser Bescheid ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:**IV. Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung**

1. Auf die Aufforderung zur Einschränkung der Ansprüche oder zur Zahlung zusätzlicher Gebühren (Formblatt PCT/IPEA/405) hat der Anmelder:

- die Ansprüche eingeschränkt.
- zusätzliche Gebühren entrichtet.
- zusätzliche Gebühren unter Widerspruch entrichtet.
- weder die Ansprüche eingeschränkt noch zusätzliche Gebühren entrichtet.

2. Die Behörde hat festgestellt, daß das Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung aus folgenden Gründen nicht erfüllt ist, und hat gemäß Regel 68.1 beschlossen, den Anmelder nicht zur Einschränkung der Ansprüche oder zur Zahlung zusätzlicher Gebühren aufzufordern:

siehe Beiblatt

3. Daher wurde zur Erstellung dieses Bescheids eine internationale vorläufige Prüfung für folgende Teile der internationalen Anmeldung durchgeführt:

- alle Teile.
- die Teile, die sich auf die Ansprüche Nr. 1-2,6-40 beziehen.

V. Begründete Feststellung nach Regel 66.2(a)(ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung**1. Feststellung**

Neuheit (N)	Ansprüche
Erfinderische Tätigkeit (IS)	Ansprüche 12-40
Gewerbliche Anwendbarkeit (IA)	Ansprüche

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Z Punkt IV

Anspruch 3 sowie Ansprüche 41-46

Diese Behörde hat festgestellt, daß die internationale Anmeldung mehrere Erfindungen oder Gruppen von Erfindungen enthält, die nicht durch eine einzige allgemeine erfinderische Idee verbunden sind (Regel 13.1 PCT), nämlich:

- I: Ansprüche 1,2,6-40 Vorrichtungen mit mindestens zwei Bahnbearbeitungswerkzeuge wobei die Bahnbearbeitungswerkzeuge jeweils einen mechanisch unabhängigen Antrieb aufweisen, die mit einer gemeinsamen Steuereinrichtung in logischer Wirkverbindung stehen.
- II: Ansprüche 3-5 Vorrichtung mit 3 Falztrichtern, wobei die äußeren bei einer Änderung der Bahnbreite verschoben werden während der mittlere unverschoben bleibt.
- II: Ansprüche 41-46 Verfahren zur Einstellung von Bahnbearbeitungswerkzeuge vor Produktionsstart mittels Voreinstellwerte.

Die Verfahrensansprüche 41-46 sind nicht spezifisch auf die Vorrichtungen der Ansprüche 1-40 gerichtet und daher ist kein technischer Zusammenhang im Sinne der Regel 13.2 PCT vorhanden, der in einem oder mehreren gleichen oder entsprechenden besonderen technischen Merkmalen zum Ausdruck kommt. Ebenso fehlt einen technischen Zusammenhang zwischen den besonderen technischen Merkmalen des Anspruchs 3 und den der ersten Anspruchsgruppe.

Somit liegt weder hinsichtlich der besonderen technischen Merkmale noch hinsichtlich der gelösten Probleme zwischen den genannten Gruppen (I - III) von Ansprüchen Einheitlichkeit der Erfindung nach Regeln 13.1 und 13.2 PCT vor.

Es wird in diesem Bescheid daher lediglich die erste Anspruchsgruppe geprüft.

Z Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

- D1: DE-A-100 03 025 ✓
- D2: US-A-3 734 487 ✓
- D3: EP-A-0 457 304 ✓

Anspruch 1

Der Anspruch 1 beinhaltet alle Merkmale des Anspruchs 12 und sollte daher von diesem als ein abhängiger Anspruch abgefaßt sein. Dies betrifft auch die weiteren Ansprüche 2 und 6-11.

Anspruch 12

Dokument **D1** offenbart (die Verweise in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument) eine Vorrichtung zur Bearbeitung einer Bahn in einer bahnbearbeitenden Maschine mit verschiedenen Bahnbearbeitungswerkzeugen (Falztrichter, Messer usw.), die durch mindestens ein Stellglied (24, 43) quer zur Laufrichtung der Materialbahn (3, 4) bewegbar sind.

Der Gegenstand des Anspruchs 12 unterscheidet sich daher von der aus der D1 bekannten Vorrichtung dadurch, daß ein Wendewerk dem Falztrichter vorgeordnet ist.

Ein Wendewerk kann, jedoch, als ein übliches Bahnbearbeitungswerkzeug angesehen werden. Die D2 (siehe insb. Fig.2), zum Beispiel, offenbart ein Wendewerk, das ebenfalls quer zur Laufrichtung der Materialbahn bewegbar ist und ohne weiteres mit der Vorrichtung der D1 kombiniert werden kann, um zum Gegenstand des Anspruchs 12 zu gelangen.

Daher erfüllt die vorliegende Anmeldung nicht die Erfordernisse des Artikels 33(1) PCT, weil der Gegenstand des Anspruchs 12 nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit im Sinne von Artikel 33(3) PCT beruht.

Anspruch 13

Mit den gleichen Argumenten wie diejenigen bezüglich Anspruch 12, scheint der

Gegenstand des Anspruchs 13 nicht die Erfordernisse des Artikels 33(3) PCT zu erfüllen.

Ansprüche 14-40

Die weiteren Merkmale der Ansprüche 14-40 beziehen sich auf Besonderheiten der Vorrichtung. Diese Merkmale sind jedoch entweder aus der D1 (siehe das ganze Dokument) oder der D3 (siehe Beispiel 1, Spalten 5-8) bekannt bzw. werden dem Fachmann nahegelegt. Sie scheinen in Kombination mit den Merkmalen der vorhergehenden Ansprüche nicht auf einer erforderischen Tätigkeit zu beruhen (Artikel 33(3) PCT).